Stadt Dessau-Roßlau

06.02.2026

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Stadtgrün und Mobilität am 12.11.2025

Sitzungsbeginn: **16:30 Uhr**
Sitzungsende: **20:43 Uhr**
Sitzungsort: **Ratssaal des Rathauses Dessau**

Teilnehmer/-innen: **siehe Anwesenheitsliste**

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Adamek Vorsitzender des Ausschusses Stadtentwicklung, Bauen, Stadtgrün und Mobilität begrüßt die Ausschussmitglieder, Beigeordneten und Gäste zur Sitzung. Sie stellen die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 6 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern fest. Er schließt den ersten Tagesordnungspunkt und geht zum zweiten über, der die Beschlussfassung der Tagesordnung betrifft.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Adamek, Ausschussvorsitzender informiert, dass der Tagesordnungspunkt **8.1**, der die Sonstige Anfragen und Mitteilungen umfasst, auf den Tagesordnungspunkt **8.4** verschoben werden solle. Zudem weist er darauf hin, dass in den Tagesordnungspunkten 7.5 und 76 die Daten in den Beschlussvorlagen BV 241 und BV 242 aus 2025 irrtümlich falsch seien und vor der Beschlussfassung im Stadtrat korrigiert würden. Er bittet die Anwesenden, dies zur Kenntnis zu nehmen.

Anschließend lässt Herr Adamek über die Änderung der Tagesordnung abstimmen, die Mehrheit stimmt zu, Gegenstimmen und Enthaltungen gibt es keine.

3 Genehmigung der Niederschrift vom 28.08.2025 und 30.09.2025

Für die Niederschrift vom 28.08. gibt es keine Wortmeldungen, die Mehrheit stimmt zu, es gibt eine Enthaltung. Auch die Niederschrift vom 30.09. wird mit Mehrheit angenommen, es gibt zwei Enthaltungen

Beide Niederschriften sind genehmigt.

Für die Niederschrift vom 28.08. gibt es keine Wortmeldungen, die Mehrheit stimmt zu, es gibt eine Enthaltung. Auch die Niederschrift vom 30.09. wird mit Mehrheit angenommen, es gibt zwei Enthaltungen

Beide Niederschriften sind genehmigt.

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Adamek, Ausschussvorsitzender, gibt bekannt, dass es in der letzten Sitzung keine nichtöffentlichen Beschlüsse behandelt wurden.

5 Einwohnerfragestunde

Herr Adamek, Ausschussvorsitzender, leitet zur Einwohnerfragestunde über. Er bittet Frau Brandenburger ihre Fragen zu stellen.

Frau Brandenburger sei sowohl Immobilien- als auch Hausbesitzerin sowie Anwohnerin der Schlachthofstraße. Sie habe an einer Sitzung im Stadtbezirk teilgenommen, bei der das Thema Verkehr bereits angesprochen wurde. Zudem habe eine kleine Begehung mit drei Personen aus dem Stadtrat stattgefunden. Sie erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand und ob Aussichten auf Veränderungen in der Schlachthofstraße bestehen.

Herr Adamek erinnert an die letzte Sitzung, in der vier Punkte bezüglich der Schlachthofstraße angesprochen worden seien. Diese Punkte umfassen eine Verkehrsbohrung durch eine mögliche Einengung am Fußgängerüberweg, eine Verkehrszählung, eine wiederholte Geschwindigkeitsmessung sowie die Option der Prüfung einer Einbahnstraßenregelung der Schlachthofstraße in Richtung Osten. Er erläutert, dass eine Umfahrung weiterhin möglich wäre, wie es bereits während der Baustelle der Schlachthofstraße der Fall gewesen sei, und dass eine

Verkehrsbeeinflussung in diesem Sinne nicht notwendig wäre. Herr Adamek stellt fest, dass die Bearbeitung dieser Punkte noch im Gange sei und nicht allein im eigenen Dezernat liege, sondern in erster Linie auch eine verkehrsrechtliche Angelegenheit ist. Man warte noch auf eine Antwort, habe jedoch erneut nachgefragt. Herr Adamek dankt Frau Brandenburger und entschuldigt sich, dass er ihr nicht mehr Informationen geben könne. Er schlägt vor, dass sie sich per E-Mail weiter abstimmen könnten und bedankt sich abschließend.

Bürger 1 richtet drei Anfragen an das Gremium. Erstens wolle er wissen, wer die Verantwortung für die erneute Baumaßnahme am Georgium trage, da die vorherige Maßnahme offenbar nicht erfolgreich gewesen sei. Er bemerkt, dass für die neue Maßnahme eine Schließung über mehrere Monate erforderlich ist und dafür 115.000 Euro veranschlagt werden, ohne dass eine Vorlage existiere. Bürger 1 kritisiert, dass es sich um die zweite Maßnahme dieser Art handele, für die Geld ausgegeben wird, ohne dass Mittel beantragt oder ausgeschrieben wurden, möglicherweise während einer Haushaltssperre aufgrund der Kurzfristigkeit. Er äußert Unverständnis darüber, dass nach einer jahrelangen Schließung des Georgiums erneut eine Schließung drohe, obwohl vor der Sanierung die Bilder dort hingen und Temperatur sowie Klima passend gewesen sind. Er stellt in Frage, wie es nach einer 18 Millionen Euro teuren Sanierung zu solchen Problemen kommen kann. Bürger 1 weist darauf hin, dass nun Fachplaner hinzugezogen werden sollen, was zuvor offenbar nicht der Fall gewesen sei. Er erinnert daran, dass es einen Beschluss des Stadtrates gegeben habe, dass Georgium so zu sanieren, dass Raumklima und Temperatur für die Bilder geregelt sind. Sollte dies nicht eingehalten worden sein, sei es an der Zeit, die verantwortlichen Firmen in Regress zu nehmen, da kein Geld mehr für weitere Nachbesserungen von Seiten der Stadt vorhanden ist. Er betont, dass bei der Sanierung eines alten Gebäudes entsprechendes Wissen und Kompetenz vorausgesetzt werden muss und dass die Firmen, die sich reichlich haben bezahlen lassen, auch die entsprechende Leistung erbringen müssen.

Herr Adamek bedankt sich und gibt an, dass die Frage seiner Ansicht nach bereits in einer vorherigen Sitzung behandelt wurde.

Bürger 1 gibt an, dass er bereits bei einer früheren Gelegenheit eine ähnliche Frage gestellt habe, die sich jedoch auf das erste Projekt bezogen habe, bei dem Fenster nachgebessert worden sind. Er beziehe sich nun auf das zweite Projekt, bei dem geplant sei, Folien an die Mauern zu kleben. Bürger 1 fragt, ob diese Folien außen oder innen angebracht werden sollen.

Frau Lohde, Bürgermeisterin für Bauen und Stadtgrün, erklärt, dass es sich nach wie vor um dieselbe Maßnahme handele. Sie bedauert, dass der Eindruck entsteht, es handele sich um eine zweite Maßnahme. Dies sei jedoch nicht der Fall, es handele sich um die erste Maßnahme, über die bereits berichtet worden sei. Eine zweite Maßnahme gibt es nicht.

Bürger 1 erkundigt sich nach der Rolle bestimmter Faktoren bei der heutigen Entscheidung zur Mühleninsel, die zur Beschlussfassung ansteht. Er äußert, dass dies grundsätzlich zu begrüßen ist, jedoch habe Frau Lohde im Bauausschuss erklärt, dass Dessau bereits über zu viel Infrastruktur verfügt, was ein erhebliches Problem für deren Unterhaltung und Finanzierung darstellt. Jede zusätzliche Infrastruktur verursache auch in Zukunft Kosten für Unterhalt und Erhalt. Bürger 1 betont, dass die Stadt sich keine weitere neue Infrastruktur leisten kann, da Prognosen einen weiteren Bevölkerungsrückgang in Dessau unter 70.000 Einwohner vorhersagen, was das bestehende Problem verschärfen würde. Er kritisiert, dass immer weniger Bürger immer mehr finanzieren sollen, was seiner Meinung nach nicht funktionieren kann. Das Problem sei erkannt und benannt, und es handele sich nicht um eine Pflichtaufgabe. Bürger 1 sieht hierin einen klaren und effektiven Sparansatz für die aktuellen und zukünftigen Haushalte. Er argumentiert, dass die geplante Infrastruktur bisher nicht benötigt wurde und die Stadt auch weiterhin ohne sie auskommen könne. Angesichts der Wirtschaftslage kann man sich dies nicht leisten. Er verweist auf die zahlreichen Novellierungen im Baubereich und warnt, dass das Projekt aus Erfahrung heraus zu weiteren unvermeidlichen Kostensteigerungen führen wird, die aus nicht vorhandenen Eigenmitteln gedeckt werden müssten.

Herr Adamek bedankt sich und merkt an, dass es sich bei dem vorangegangenen Beitrag um einen Hinweis handele und keine Frage.

Bürger 1 fragt, wie die angesprochenen Faktoren in der Beschlussvorlage berücksichtigt werden sollen und welche Rolle diese bei der Entscheidungsfindung spielen wird.

Herr Adamek führt aus, dass das Projekt Mühleninsel bereits seit über zehn Jahren laufe und es nun lediglich noch darum gehe, die Planungsphase und weitere Schritte abzuschließen.

Bürger 1 führt an, dass neue Faktoren, die in die Planung einspielen, berücksichtigt werden müssen.

Herr Adamek äußert, er gehe davon aus, dass diese berücksichtigt sind, bedankt sich jedoch.

Bürger 1 erkundigt sich, wie und wann das Problem an der Kreuzung Heidestraße behoben werden soll. Er führt aus, dass an der Kreuzung Helmut-Kohl-Straße/Agenturstraße, in der Nähe des Polizeisportvereins, eine Ampel für Fußgänger fehle. Fußgänger, die aus Richtung Süden in die Innenstadt möchten, stünden auf der Seite der Verkehrsbetriebe vor einer vierspurigen Straße ohne Ampel. Zwar sei es theoretisch möglich, die Straße zu überqueren, jedoch existiere keine Regelung und das Fehlen einer Ampel an einer so breiten Straße ergebe keinen Sinn und sei hochgefährlich für Fußgänger. Bürger 1 berichtet, dass er selbst bereits mehrfach in dieser Situation gewesen sei und die Reaktionen der Autofahrer als verwunderlich wahrgenommen habe. Er weist darauf hin, dass die anderen drei Querungen mit Ampeln abgesichert seien und die Ampelanlagen an dieser Kreuzung

dauerhaft in Betrieb seien, was seiner Meinung nach aus einem guten Grund geschehe.

Herr Adamek bedankt sich für den Hinweis und erklärt, dass er sich die Situation auf einer Satellitenkarte ansehen werde. Er sehe darauf keine vorgesehene Querung. Er könne sich zwar täuschen, jedoch erkenne er die Querung auf der östlichen Seite sowohl nördlich als auch südlich. Auf der westlichen Seite sei hingegen augenscheinlich keine Querung vorgesehen, abgesehen von einer Fahrradspur.

Bürger 1 führt aus, er habe Fotos, die eindeutig belegten, dass ein Gehweg vorhanden sei. Er betont, dass, wenn ein Gehweg existiere, auch eine Querung vorhanden ist.

Herr Adamek äußert Zweifel, ob überhaupt ein Problem vorliegt, und wendet sich an Herrn Säbel, um dies zu klären. Sollte dies nicht der Fall sein, könne man dies dem Verkehrsamt oder der Ordnungsbehörde melden. Er persönlich sehe jedoch kein Problem.

Frau Lohde bittet Bürger 1, sich grundsätzlich kürzer zu fassen. Sie betont, dass das Gremium nicht dazu da sei, um Statements abzugeben, sondern dass es stets um Fragen und Informationen gehe. Frau Lohde merkt an, dass Bürger 1 zunehmend mehr Raum für sich in Anspruch nehme, was so nicht akzeptabel sei. Sie stellt klar, dass es nicht möglich ist, ständig in Diskussionen zu gehen. Abschließend fragt Frau Lohde Herrn Säbel, ob er eine Information zu dem vermeintlichen Problem geben könne, das beseitigt werden müsse.

Herr Säbel, Amtsleiter des Tiefbauamtes, führt aus, dass er kein Problem sehe, da es auf der betreffenden Seite keine vorgesehene Querung für Radfahrer gibt.. Im fließenden Verkehr sei dies zwar möglich, jedoch sehe er ansonsten keine entsprechende Infrastruktur.

Herr Adamek bedankt sich für die gestellten Fragen und erkundigt sich, ob es weitere Einwohnerfragen gebe.

Er stellt fest, dass aktuell **sieben stimmberechtigte Mitglieder** anwesend sind. Er begrüßt **Herrn Diedering, Fraktion der AfD** und leitet zum Tagesordnungspunkt 6 über, der die Vorstellung des Gutachtens und den Sachstand 2022 zum Krötenhof betreffe.

Herr Adamek, Ausschussvorsitzender, teilt mit, dass Herr Doktor Riedel, anwesend ist, um das Gutachten vorzustellen. Bei Bedarf sei auch Frau Sommer, die Leiterin des Krötenhofs, anwesend

Herr Dr. Riedel bedankt sich für die Möglichkeit, das Gebäude näher zu erläutern, und erklärt, dass der Fokus auf den Bauschäden und dem Instandsetzungsbedarf liege. Er führt aus, dass sein Ingenieurbüro, ursprünglich in Dessau ansässig und später nach Coswig umgezogen ist. Vor dreieinhalb Jahren hat er den Auftrag erhalten, um das Gebäude hinsichtlich Bauschäden zu beurteilen. Herr Dr. Riedel erläutert, dass das Gebäude 1887 erbaut wurde und viele originale Bauteile noch erhalten sind und betont, dass einige Dachaufbauten nicht mehr vorhanden seien und dass deren Wiederherstellung nicht vordringlich sei. Er gliedert die Bauschäden in drei Gruppen: Dach, Fassade und Keller, wobei das Dach den dringendsten Instandsetzungsbedarf aufweise. Das Dach, ursprünglich mit Schiefer gedeckt, sei nun mit Bitumenschindeln aus DDR-Zeiten gedeckt und undicht. Die Gauben und deren Holzkonstruktionen seien in schlechtem Zustand. Er weist auf die Verwitterung des Sandsteins hin und beschreibt die Fenster als Kastenfenster mit einfacher Verglasung, die energetisch schlecht seien. Herr Dr. Riedel erläutert, dass der Keller relativ trocken ist und keine umfassende Abdichtung erfordert. Er berichtet von einer Kostenschätzung aus 2022, die für Dachdeckung, Fassade und Nebenarbeiten 1,3 Millionen Euro betrug und heute auf 1,6 Millionen Euro gestiegen ist. Die schlechte Energiebilanz des Gebäudes wird durch ungedämmte Dachflächen verursacht. Eine Dachdämmung ist in der Kostenschätzung enthalten. Die Fenster könnten nur begrenzt verbessert werden, ohne das Erscheinungsbild zu verändern. Er beschreibt die Heizung als veraltet und ausgefallen, schlägt eine Kombination aus Erdwärme und Gasheizung vor und schätzt die Kosten dafür auf 250.000 Euro. Herr Dr. Riedel, thematisiert den Brandschutz und die Notwendigkeit von zwei Rettungswegen. Er warnt davor, das Gebäude durch übermäßige Sanierung zu beschädigen, und empfiehlt eine behutsame Sanierung mit einem Kostenrahmen von 1,6 bis 2 Millionen Euro. Eine umfassendere Sanierung würde 4,5 Millionen Euro kosten. Abschließend betont Herr Riedel, dass eine einfache Instandsetzung und Sanierung ausreichen.

Herr Dr. Brozowski, Fraktion Freies-Bürger-Forum, dankt zunächst für die sehr strukturierte Vorstellung. Er fragt, ob das Gutachten in den Unterlagen vorhanden ist oder ob es gegebenenfalls noch zur Verfügung gestellt werden könnte. Es habe es eine zweite Verpreisung gegeben, die zu einem späteren Zeitpunkt erfolgt ist. Herr Dr. Brozowski bitte um weitere Erläuterungen zu diesem Punkt.

Herr Dr. Riedel berichtet, dass Frau Schmiech, Sachbearbeiterin im Zentralen Gebäudemanagement, ihn gebeten habe, sich mit der Erstellung eines Gutachtens zu befassen. Er erläutert, dass es kein umfassendes Leistungsverzeichnis gibt und betont, dass es nicht das Ziel sei, dass die Stadt große Summen ausgibt und sich

monatelang mit dem Gutachten beschäftigt. Herr Dr. Riedel, erklärt, dass sie anhand von Kennziffern und Bauteilen zu zutreffenden Zahlen gelangt seien, die auch für Versicherungsschätzungen verwendet werden. So ist eine Summe von 3,8 Millionen Euro entstanden, die unter anderem Fassade und Dach beinhalte. In einem zweiten Schritt habe Frau Schmiech ihn gebeten, für das Dach ein detaillierteres Leistungsverzeichnis zu erstellen, was etwa bei 1,3 Millionen Euro liegt. Er fügt hinzu, dass dieses Leistungsverzeichnis digital verteilt werden könnte.

Frau Lohde, Bürgermeisterin für Bauen und Stadtgrün, äußert, dass es zwei verschiedene Zahlen gibt und das genauere Angebot zusätzlich teurer sei. Dies könne möglicherweise zu Verwirrung führen, insbesondere wenn der Baukostenindex für die heutige Zeit zu Problemen führen könnte.

Herr Dr. Riedel führt aus, dass es nicht einfach ist, mit der großen Tabelle zu arbeiten, da diese möglicherweise eher verwirrend sei. Sein Vorschlag wäre, mit dem Leistungsverhältnis zu arbeiten und dieses über einen Index hochzurechnen. Dabei würden sie mit der Heizung bei knapp 2.000.000 Euro liegen. Dies umfasse Maßnahmen an der Fassade, dem Dach, einigen Fenstern, der Elektrik und dem Brandschutz. Dennoch bleibe das Problem der Heizung bestehen.

Die Präsentation ist der Niederschrift beigefügt.

Herr Adamek, Ausschussvorsitzender, teilt mit, dass Herr Doktor Riedel, anwesend ist, um das Gutachten vorzustellen. Bei Bedarf sei auch Frau Sommer, die Leiterin des Krötenhofs, anwesend

Herr Dr. Riedel bedankt sich für die Möglichkeit, das Gebäude näher zu erläutern, und erklärt, dass der Fokus auf den Bauschäden und dem Instandsetzungsbedarf liege. Er führt aus, dass sein Ingenieurbüro, ursprünglich in Dessau ansässig und später nach Coswig umgezogen ist. Vor dreieinhalb Jahren hat er den Auftrag erhalten, um das Gebäude hinsichtlich Bauschäden zu beurteilen. Herr Dr. Riedel erläutert, dass das Gebäude 1887 erbaut wurde und viele originale Bauteile noch erhalten sind und betont, dass einige Dachaufbauten nicht mehr vorhanden seien und dass deren Wiederherstellung nicht vordringlich sei. Er gliedert die Bauschäden in drei Gruppen: Dach, Fassade und Keller, wobei das Dach den dringendsten Instandsetzungsbedarf aufweise. Das Dach, ursprünglich mit Schiefer gedeckt, sei nun mit Bitumenschindeln aus DDR-Zeiten gedeckt und undicht. Die Gauben und deren Holzkonstruktionen seien in schlechtem Zustand. Er weist auf die Verwitterung des Sandsteins hin und beschreibt die Fenster als Kastenfenster mit einfacher Verglasung, die energetisch schlecht seien. Herr Dr. Riedel erläutert, dass der Keller relativ trocken ist und keine umfassende Abdichtung erfordert. Er berichtet von einer Kostenschätzung aus 2022, die für Dachdeckung, Fassade und Nebenarbeiten 1,3 Millionen Euro betrug und heute auf 1,6 Millionen Euro gestiegen ist. Die schlechte Energiebilanz des Gebäudes wird durch ungedämmte Dachflächen verursacht. Eine Dachdämmung ist in der Kostenschätzung enthalten. Die Fenster könnten nur

begrenzt verbessert werden, ohne das Erscheinungsbild zu verändern. Er beschreibt die Heizung als veraltet und ausgefallen, schlägt eine Kombination aus Erdwärme und Gasheizung vor und schätzt die Kosten dafür auf 250.000 Euro. Herr Dr. Riedel, thematisiert den Brandschutz und die Notwendigkeit von zwei Rettungswegen. Er warnt davor, das Gebäude durch übermäßige Sanierung zu beschädigen, und empfiehlt eine behutsame Sanierung mit einem Kostenrahmen von 1,6 bis 2 Millionen Euro. Eine umfassendere Sanierung würde 4,5 Millionen Euro kosten. Abschließend betont Herr Riedel, dass eine einfache Instandsetzung und Sanierung ausreichen.

Herr Dr. Brozowski, Fraktion Freies-Bürger-Forum, dankt zunächst für die sehr strukturierte Vorstellung. Er fragt, ob das Gutachten in den Unterlagen vorhanden ist oder ob es gegebenenfalls noch zur Verfügung gestellt werden könnte. Es habe es eine zweite Verpreisung gegeben, die zu einem späteren Zeitpunkt erfolgt ist. Herr Dr. Brozowski bitte um weitere Erläuterungen zu diesem Punkt.

Herr Dr. Riedel berichtet, dass Frau Schmiech, Sachbearbeiterin im Zentralen Gebäudemanagement, ihn gebeten habe, sich mit der Erstellung eines Gutachtens zu befassen. Er erläutert, dass es kein umfassendes Leistungsverzeichnis gibt und betont, dass es nicht das Ziel sei, dass die Stadt große Summen ausgibt und sich monatelang mit dem Gutachten beschäftigt. Herr Dr. Riedel, erklärt, dass sie anhand von Kennziffern und Bauteilen zu zutreffenden Zahlen gelangt seien, die auch für Versicherungsschätzungen verwendet werden. So ist eine Summe von 3,8 Millionen Euro entstanden, die unter anderem Fassade und Dach beinhalte. In einem zweiten Schritt habe Frau Schmiech ihn gebeten, für das Dach ein detaillierteres Leistungsverzeichnis zu erstellen, was etwa bei 1,3 Millionen Euro liegt. Er fügt hinzu, dass dieses Leistungsverzeichnis digital verteilt werden könnte.

Frau Lohde, Bürgermeisterin für Bauen und Stadtgrün, äußert, dass es zwei verschiedene Zahlen gibt und das genauere Angebot zusätzlich teurer sei. Dies könne möglicherweise zu Verwirrung führen, insbesondere wenn der Baukostenindex für die heutige Zeit zu Problemen führen könnte.

Herr Dr. Riedel führt aus, dass es nicht einfach ist, mit der großen Tabelle zu arbeiten, da diese möglicherweise eher verwirrend sei. Sein Vorschlag wäre, mit dem Leistungsverzeichnis zu arbeiten und dieses über einen Index hochzurechnen. Dabei würden sie mit der Heizung bei knapp 2.000.000 Euro liegen. Dies umfasse Maßnahmen an der Fassade, dem Dach, einigen Fenstern, der Elektrik und dem Brandschutz. Dennoch bleibe das Problem der Heizung bestehen.

Die Präsentation ist der Niederschrift beigefügt.

7 Beschlussfassungen

7.1 Haushaltssatzung 2026, Haushaltsplan 2026, Stellenplan 2026 Vorlage: BV/289/2025/II-20

Herr Adamek, Ausschussvorsitzender, schlägt vor, diese wie gewohnt durchzuführen, dabei sollen die Punkte 7.1 und 7.2 zusammen behandelt, jedoch in der Abstimmung getrennt entschieden werden.

Die Abstimmung erfolgt jetzt mit 8 stimmberechtigten Mitgliedern und wird beschlossen.
Das Amt für Wirtschaft und Stadtplanung, das Zentrale Gebäudemanagement, das Tiefbauamt und das Referat Stadtgrün stellen ihren Haushalt 2026 vor.

Die Präsentationen sind der Niederschrift beigefügt.-

Herr Dr. Brozowski, **Fraktion Freies-Bürger-Forum**, verweist auf die bevorstehende Diskussion zur Städtebauförderung, in der die Sanierung der Antoinettenstraße 424 behandelt werde. In der Vorlage zur Städtebauförderung sei ein Eigenanteil von etwa 255.000 Euro ausgewiesen, während im Haushalt eine Summe von etwa 291.000 Euro stehe. Er fragt, ob es dafür eine Erklärung gibt.

Herr Schmidt, Amtsleiter des Amtes für Wirtschaft und Stadtplanung, kann die Frage derzeit nicht direkt beantworten, dies muss mit der Kämmerei besprochen werden.

Herr Dr. Brozowski fragt nach dem Quartiersmanagement Roßlau und erkundigt sich, ob nähere Informationen zu den geplanten Schritten und der ungefähren Zeitschiene gegeben werden kann.

Herr Schmidt erklärt, dass er dem Fördermittelgeber nicht vorgreifen möchte, jedoch positive Anzeichen dafür vorliegen, über das Leader Management in Roßlau ein Quartiersmanagement zu installieren. Er führt aus, dass sich die Vorbereitungen bereits in der eigenen Abfragephase befinden, jedoch die nächsten und detaillierten Schritte von der Verfügbarkeit des Fördermittelbescheids abhängig gemacht werden muss. Herr Schmidt weist darauf hin, dass es sich um eine Ausschreibung handeln werde, bei der ein geeignetes Büro gefunden werden müsse. Er betont, dass er sich erst weiter dazu äußern wird, wenn er den Bescheid in schriftlicher Form vorliegen hat.

Herr Adamek dankt Frau Ellenberger, Dr. Lott, Herrn Säbel und Herrn Schmidt für die Einführung.

Abstimmungsergebnis: 3-2-3

7.2 Haushaltskonsolidierungskonzept 2026 und Folgejahre Vorlage: BV/290/2025/II-20

Diese Beschlussvorlage wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 0-2-2

7.3 "Stadteingang Ost - Umgestaltung der Mühleninsel" - Maßnahmenbeschluss Vorlage: BV/276/2025/III-67

Herr Adamek, Ausschussvorsitzender, begrüßt das **Planungsbüro Därr, Herrn Christian Därr,** der das Konzept und die Rahmenbedingungen der Mühleninsel mit einer Präsentation vorstellt.

Die Präsentation ist der Niederschrift beigefügt.

Herr Dr. Brozowski, Fraktion Freies-Bürger-Forum, erklärt, dass er und seine Fraktion von der Bürgerinnenbeteiligung und den Ortsterminen sehr positiv angetan ist. Er äußert, dass sich in seiner Fraktion zunehmend Zweifel bezüglich des Aufwands und Nutzens, insbesondere des finanziellen Aufwands, auftun würden. Trotz einiger positiver Aspekte ist der Eingriff in den Naturraum enorm. Persönlich findet er die Plattform, die aktuell den Namen "Muldeblick" trage, nicht ansprechend, da sie sich seiner Meinung nach nicht in den Naturraum einfügt und hohe Kosten verursacht. Herr Dr. Brozowski erwähnt, dass es noch weitere Kritikpunkte in seiner Fraktion gebe. Das ursprüngliche Ziel, die Menschen an das Wasser zu bringen, wird nur sehr indirekt erreicht, was jedoch gut begründet sei durch Katastrophenschutz und Vorsorgemaßnahmen. Dennoch wird er der aktuellen Form des Vorhabens nicht zustimmen. Abschließend äußert Herr Dr. Brozowski im Namen seiner Fraktion die Bitte, einen detaillierten Plan zu erhalten, aus dem hervorgehe, welche Bäume tatsächlich gefällt werden sollen, da dies im aktuellen Plan unübersichtlich sei.

Herr Marahrens, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, äußert, dass sich im Vergleich zur Planung im Mai einige Änderungen ergeben haben. Die Wegebeziehungen seien gut sortiert, was er als lobenswert erachte. Er kann sich gut vorstellen, dass eine Art Terrasse an der Mulde am Wasser eine Bereicherung darstellt, auch wenn nicht jeder so nah ans Wasser gelangen kann, wie er es sich vielleicht wünscht. Kritisch sieht er die Anzahl der Fahrradabstellplätze. Da die Fläche nicht mit Fahrzeugen erreichbar ist, sondern im Zweifel nur zu Fuß oder mit dem Fahrrad, werden viele Familien mit Kindern mit dem Fahrrad anreisen wollen. Bei nur acht Anlehnbügeln für die gesamte, recht große Fläche besteht die Gefahr, dass Fahrräder wild abgestellt werden und nicht angeschlossen werden können, was Begehrlichkeiten schaffe. Herr Marahrens appelliert daher, die Zahl der Anlehnbügel für Fahrräder, insbesondere neben den Sitzgelegenheiten an den Wegen, mindestens zu verdoppeln und zu prüfen, ob Platz für größere Fahrräder geschaffen werden kann, da der Bedarf vorhanden ist. Er betont, dass seine Fraktion auf jeden Fall zustimmen wird. Herr Marahrens greift zudem die Aussage von Herrn Dr. Brozowski auf, der von viel Aufwand gesprochen hat, und stimme dem zu. Abschließend appelliert er, die Querung der Großen Straße so zu gestalten, dass sie zum Queren einlädt und durchgängig wird, um die Fläche besser zugänglich zu machen. Andernfalls kann es sein, dass die aufwendig gestaltete Fläche nicht so frequentiert wird, wie gewünscht.

Herr Diedering, Fraktion der AfD, erkundigt sich nach der Begründung für das im Beschluss erwähnte erweiterte Baugrundgutachten. Diese Gutachten würden in der Regel auf mögliche Altlasten, chemische Belastungen oder Verunreinigungen im Erdreich hinweisen. Daher möchte er wissen, wie sich das erweiterte Baugrundgutachten in diesem Fall begründen lässt.

Frau Jüchtzer, Sachbearbeiterin im Referat Stadtgrün, bedankt sich zunächst und erklärt, dass die Nachfrage berechtigt sei. Der Hintergrund ist das ursprüngliche oder vorbehandelte Baugrundgutachten, das im Rahmen des Bebauungsplans erstellt worden ist. Dieses Gutachten hat zunächst allgemein an bestimmten Stellen über die Fläche hinweg Untersuchungen durchgeführt. Für den Entwurf oder bereits für die Vorplanung sei dann ersichtlich geworden, an welchen Bereichen spezielle bauliche Anlagen errichtet werden sollen, wie beispielsweise ein Teil auf der Wehrwange oder unterhalb des Kiesbetts. Daher ist es relevant gewesen, an diesen spezifischen Punkten zusätzliche Bohrungen durchzuführen. Für die Statik, insbesondere für den Pavillon, sei es wichtig zu wissen, wie die Wehranlage beschaffen ist. Das zusätzliche Baugrundgutachten solle Planungssicherheit und Kostensicherheit bieten.

Herr Zoogbaum, Fraktion der ABV, hat die Sitzung verlassen, sodass nur noch **sechs stimmberechtigte Mitglieder** anwesend sind.

Abstimmungsergebnis: 6-1-0

7.4 Bebauungsplan Nr. 229 "Stadteingang Ost- Mühleninsel" - Billigungsbeschluss und förmliche Öffentlichkeitsbeteiligung Vorlage: BV/271/2025/I-61

Herr Dr. Brozowski, Fraktion Freies-Bürger-Forum, erwähnt, dass in der Überschrift eine förmliche Öffentlichkeitsbeteiligung erwähnt ist und fragt, ob sich diese nur auf bestimmte Aspekte des Bebauungsplans beziehe oder ob das gesamte Vorhaben betroffen sei.

Herr Schmidt, Amtsleiter des Amtes für Wirtschaft und Stadtplanung, erläutert, dass der Bebauungsplanentwurf bodennutzungsbezogene Rechte in Form von Festsetzungen schaffe. Diese Festsetzungen sollen ermöglichen, dass die geplante Maßnahme umgesetzt werden kann. Er betont, dass keine weiteren Ausführungen zur Materialität oder zu anderen Aspekten getroffen werden, da dies nicht in ihrer Kompetenz liegt. Die Regelungen beschränkten sich auf die Festsetzung von Grünflächen, Flächen für Rechte, weiteren Wegeflächen oder nachrichtlichen Übernahmen, um den bodennutzungsbezogenen und bodenrechtlichen Rahmen für die Maßnahme zu definieren.

Es wird eine zehnminutige Pause erfolgen, um **18:45 Uhr** wird die Sitzung weitergeführt.

Abstimmungsergebnis: 6-0-1

7.5 Bebauungsplan Nr. 230 "Freiflächenphotovoltaikanlage Die breiten Stücke, Mühlstedt" Abwägungs- und Satzungsbeschluss Vorlage: BV/242/2025/I-61

Herr Adamek, Ausschussvorsitzender, eröffnet um 18:45 Uhr die Sitzung und leitet zum Tagesordnungspunkt 7.5, der sich mit der BV 242 aus 2025 befasst. Es gehe um den Bebauungsplan Nummer 230 für die Freiflächenphotovoltaikanlage in Mühlstedt.

Anschließend bringt er die BV 242 aus 2025, mit sieben stimmberechtigten Mitgliedern, zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 5-2-0

7.6 5. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Stadtteil Roßlau um die Ortschaft Mühlstedt – Abwägungs- und Feststellungsbeschluss Vorlage: BV/241/2025/I-61

Herr Adamek, Ausschussvorsitzender, bringt die Beschlussvorlage zur Abstimmung, der Beschluss ist angenommen.

Abstimmungsergebnis: 5-2-0

7.7 Bebauungsplan Nr. 234 “Wohnbebauung an der Finanzrat-Albert-Straße“ – Aufstellungsbeschluss Vorlage: BV/267/2025/I-61

Herr Dr. Brozowski, Fraktion Freies-Bürger Forum, erkundigt sich, ob es sich bei dem geplanten Bauprojekt um etwa fünf Einfamilienhäuser handle, die in Reihe nebeneinander gebaut werden sollen. Er äußert seine Verwunderung darüber, dass die Grundstücke für heutige Verhältnisse relativ groß seien. Auf einem Bild habe er jedoch gesehen, dass die Grundstücke größtenteils mit Wald bedeckt seien. Er fragt, ob gewährleistet ist, dass der Wald erhalten bleibt, wenn die Bebauung erfolgt, und ob lediglich der nicht bewaldete Streifen bebaut wird.

.

Herr Schmidt, Amtsleiter des Amtes für Wirtschaft und Stadtplanung, führt aus, dass die städtebauliche Leitvorstellung dem Antrag auf Aufstellung zugrunde gelegt wurde. Er verweist auf vergleichbare Beispiele im Stadtgebiet, insbesondere in Roßlau mit der dortigen Waldsiedlung sowie in Kochstedt, wo es Grundstücke mit Waldanteilen gibt. Diese seien im Bebauungsplan durch die im Baugesetzbuch vorgegebenen Festsetzungsmöglichkeiten gesichert. Der Umgang mit dem Wald und die Frage, bis wohin eine überbaubare Grundstücksfläche geht, würden erst im Rahmen der nächsten Schritte, wie der Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung, geklärt. Diese Aspekte seien dann auch Gegenstand des Entwurfes, wenn feststeht, welche Belange von Umwelt, Natur und Landschaft in die Abwägung einzustellen sind.

7.8 Programme der Städtebauförderung – Anträge der Stadt Dessau-Roßlau für das Programmjahr 2026 Vorlage: BV/269/2025/I-61

Herr Schmidt, Amtsleiter des Amtes für Wirtschaft und Stadtplanung, erläutert, dass das Programm der Städtebauförderung so gestaltet sei, dass jedes Jahr bis zum 30. November die neuen Anträge für das Programmjahr des darauffolgenden Jahres beim Landesverwaltungsamt einzureichen sind Die Anträge seien im Amt eingereicht und auf Vereinbarkeit mit der Förderrichtlinie sowie den Zielen des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts geprüft worden. Insgesamt lägen elf Anträge vor. Das Projekt Antoinettenkarree, einem Antrag des kommunalen Wohnungsbauunternehmens. Dieses Karree befinde sich am Friedensplatz und der Antoinettenstraße, in der Nähe des Theaters und der zentralen Achse zwischen Bahnhof und Stadtpark. Das Antoinettenkarree sei ein bedeutendes städtebauliches Zeugnis des Wiederaufbaus des kriegszerstörten Bahnhofsviertels und orientiere sich, wie auch das Lohmannkarree, am historischen Stadtgrundriss. Beide Karrees seien zwischen 1954 und 1956 unter der Federführung des Architekten Willi Stamm entstanden. Herr Schmidt betont, dass das Antoinettenkarree besondere Gestaltungsmerkmale aufweise, die im Stadtbild von Dessau einzigartig seien, jedoch auch Schäden zeigten. Die Anträge auf Städtebauförderung würden nicht nur aufgrund dieser Schäden gestellt, sondern auch, weil das Wohnungsunternehmen dort Wohnungssanierungen, Instandsetzungen und Modernisierungsarbeiten vorgenommen habe. Geplant sei der Anbau von Aufzügen und Balkonen, da es zunehmend schwieriger werde, Wohnungen ohne Balkon zu vermieten. Die Maßnahmen zielten darauf ab, den Leerstand in der Innenstadt zu beseitigen, was auch mit den Zielen der Bundesgartenschau (BUGA) übereinstimme. Die Stadt wolle die BUGA nutzen, um die Innenstadt aufzuwerten, die Lebensqualität zu steigern und das Image als attraktiver Standort zu stärken. Herr Schmidt erwähnt, dass das Quartier ein breit gefächertes Wohnungsangebot bieten könne, insbesondere für junge Familien. Der beantragte Zuwendungsbedarf sei auf der Folie abgebildet. Er stellt klar, dass es sich dabei nicht um die Gesamtinvestition handele, sondern um den pauschalen Zuschussbedarf. Das Projekt Lohmannkarree sei in gleicher Weise wie das Antoinettenkarree zu bewerten, sowohl in Bezug auf seine städtebauliche Wirkung als auch seine denkmalkonstituierenden Merkmale. Auch hier sei die Vereinbarkeit mit den Zielen des integrierten Stadtentwicklungskonzepts gegeben. Der Zuwendungsbedarf sei ebenfalls dargestellt. Hauptziel sei es, in den Wohnungsbestand zu investieren und den Leerstand zu reduzieren. Weiterhin berichtet Herr Schmidt über die Projekte des Theaters, bei denen es um das Einwerben von Fördermitteln zur Beseitigung von Schadensbildern im Dachbereich gehe. Schäden im Dach wirkten sich auf die Fassade aus, und es gebe noch Regenentwässerungseinrichtungen aus dem Jahr 1938, die schadhaft seien. Auch für dieses stadtbildprägende Gebäude werde um Unterstützung durch das Land

geworben. Der Gesamtausgabebedarf sei dargestellt, und in der Beschlussvorlage sei dieser getrennt im Maßnahmenkatalog für Dach und Fassade aufgeführt. Der Zuwendungsbedarf belaufe sich auf knapp fünf Millionen Euro.

Frau Dr. Lott, Referatsleiterin Stadtgrün, führt aus, dass der Friedensplatz im Jahr 2011 auf der Ostseite eine Überformung erhalten hat. Die Situation, die in das Leopold Carré hineinführt, sei damals die Begrenzung des Interventionsgebietes der Maßnahme gewesen. Sie gehe davon aus, dass die weiteren Flächen des Friedensplatzes ebenfalls eine Gestaltung erhalten werden, um gestalterisch angepasst zu werden, da der Platz derzeit unfertig wirkt. Wichtig ist auch die Verknüpfung mit den Theaterfreiflächen. Das Theater soll im Rahmen eines Städtebauförderungsantrags eine bauliche Verbesserung erhalten, was zusammen mit dem Antoinetten- und Lohmann-Karree eine runde Geschichte ergebe. Deshalb will man den Friedensplatz so gestalten, dass er einen Anschluss an die Theaterfreiflächen erhält. Die Gestaltung der Straße muss dabei mitbedacht werden, damit alles einen Sinn ergibt. Die Achse vom Bahnhof zum Stadtpark werde durch den Masterplan Innenstadt als wichtige Bewegungsfunktion hervorgehoben, was die Verteilung im Zentrum unterstützt. In Richtung Zerbster Straße sei dies ein wichtiges Gelenk. Die Grünstruktur, die entstehen soll, wird in ihrer Gestaltung erst im Wettbewerb geklärt. Der Antrag soll so platziert werden, dass zunächst die Grundstruktur des Friedensplatzes hergestellt wird und nach Vorliegen des Wettbewerbsergebnisses die Überformung im Rahmen der Bundesgartenschau (BUGA) weitergeführt werden.

Herr Schmidt erwähnt, dass es um das Projekt Friederikenplatz und das Einwerben von Fördermitteln für den zweiten Bauabschnitt geht. Er erinnert daran, dass im Mai dieses Jahres die Einweihung des Igel-Spielplatzes, des ersten Bauabschnitts, stattgefunden hat, für den bereits Städtebaufördermittel bewilligt wurden. Nun will man die nächsten Schritte gehen und ebenfalls um Unterstützung für dieses Quartier werben, da es sich um eine quartiersbezogene und bedeutende Grünfläche handelt.

Frau Dr. Lott erläutert, dass der Friedensplatz eine große Angerfläche darstellt, die teilweise bebaut gewesen ist. Der Igel Spielplatz grenze an einen bestehenden Spielplatz, der verschlissen und überholt ist. Diese Kontraste will man beseitigen, indem die Spielangebote für Jugendliche verbessert werden. Die Fläche hat ausreichend Abstand zur Wohnbebauung und zu befahrenen Straßen, was eine gute Entwicklung ermöglicht. Frau Dr. Lott berichtet, dass der zweite Abschnitt des Projekts Vertretern der Förderbehörden vorgestellt worden ist, die eigens zu einem Ortstermin nach Dessau gekommen sind. Diese haben betont, dass bei der Planung viel in Richtung Vernetzung interkultureller und generationenübergreifender Angebote gedacht werden soll. Zudem sei die Schaffung von Schatten als klimatische Notwendigkeit hervorgehoben worden. Frau Dr. Lott äußert die Hoffnung, dass bei einer Neuordnung um den Friedensplatz herum auch Dachwasser in die Anlage integriert werden kann, um als natürliche Auffangfläche zu dienen. Mit dem zweiten Bauabschnitt wird das Areal zwischen Schule, der jetzigen Wohnbebauung und weiteren Bereichen bis zur Grabestraße und zur Regenbogenschule sowie hinter

den Nordclub, dem Friederikenplatz, geklärt. Auf den Wettbewerb für den dritten Bauabschnitt warte man noch.

Herr Schmidt fährt mit dem Projektantrag fort, der das Gutachterverfahren für drei Bereiche in der Dessauer Innenstadt beinhaltet. Diese Bereiche sind der Friederikenplatz, die Flössergasse, Stadteingang Ost und die Museumskreuzung. Der Hintergrund für das Gutachterverfahren ist, dass man es im Kontext der Bundesgartenschau (BUGA) sehen wolle, da die Investitionen in die öffentlichen Räume, insbesondere in den Straßenraum und die benachbarten Grünräume, ein positives Feedback in den angrenzenden Gebäuden abgebe. Die Verwaltung ist im Gespräch mit den Wohnungsmarktakteuren, die wissen wollten, welche städtebaulichen Vorstellungen es gibt und wie man gemeinsam die städtebaulichen Missstände, insbesondere an der Museumskreuzung, im Quartier Flössergasse und Stadteingang Ost, angehen kann. Hierbei sei das Gutachterverfahren ein geeignetes Instrument, das bereits in der Vergangenheit für die Lange Gasse und das Volksbankgebäude genutzt wurde. Es handelt sich um eine Art Mehrfachbeauftragung, bei der mehrere Büros eingeladen werden, sich mit der Entwicklung der Quartiere befassen. Ziel sei es, den Realisierungswettbewerb der BUGA mit städtebaulichen Maßnahmen zu ergänzen. Die Förderstelle hat signalisiert, dass sie die Maßnahme positiv sehen, da sie im Rahmen der Städtebauförderung liegen, die die Förderung von Planungs- und Baukulturprozessen zum Ziel haben. Herr Schmidt erwähnt das Wohngebiet Flössergasse, das aufgrund seiner Daseinsinfrastruktur, wie einer Grundschule und einem Kindergarten, besonders für junge Familien geeignet sei. Die Fördermittelstelle hat dies wohlwollend aufgenommen. Weiterhin spricht Herr Schmidt über weitere Anträge, die bereits im Vorjahr auf der Agenda standen. Mit Mitteln aus dem Programm ZIZ soll die Baulücke in der Ferdinand-von-Schill-Straße aufgewertet werden, wobei die ZIZ-Mittel nicht für eine vollständige Aufwertung ausreichten. Das kommunale Wohnungsunternehmen plant, ergänzende Wohn- und Umfeld bezogene Funktionen auf diesem Areal unterzubringen und hat dafür Städtebauförderung beantragt. Geplant sind eine Spielfläche, Baumpflanzungen sowie Stellflächen für PKW und Abfallentsorgung. Herr Schmidt geht auf das Projekt City Management ein und betont, dass es ein wichtiges Anliegen sei, den Vernetzungsgedanken der Akteure fortzuführen. Die Städtebauförderung ist ein geeignetes Instrument, um das City Management zu unterstützen. Positive Erfahrungen hat man bereits mit dem Quartiersmanagement im Leipziger Tor gemacht. Er stellt zudem ein privates Projekt in der Antoniettenstraße 24 vor, das mit Städtebaufördermitteln den Wohnungsbestand verändern möchte. Dieses Projekt sei mit dem integrierten Stadtentwicklungskonzept vereinbar, da es sich um ein Wohngebäude in der Innenstadt handelt. Abschließend berichtet Herr Schmidt über das Projekt Kaufhaus Zeeck, für das erneut Mittel beantragt wurden. Die Mittel reichten jedoch nicht für einen vollständigen Abschluss der Fassadengestaltung aus. Der Eigentümer plane im Jubiläumsjahr des Bauhauses eine Ausstellung in der zweiten Etage und habe weitere Nutzungen, wie ein Dachterrassencafé, im Blick. Herr Schmidt betont das Potenzial des Gebäudes für studentisches Wohnen. Der voraussichtliche Förderbedarf liegt bei über 700.000 Euro.

Herr Dr. Brozowski, **Fraktion Freies-Bürger-Forum**, beantragt, aufgrund der Vielzahl und Vielfalt der einzelnen Projekte, diese einzeln abzustimmen. Er schlägt vor, die Einzelprojekte möglicherweise auch einzeln zur Diskussion aufzurufen, betont jedoch, dass sein Antrag sich in jedem Fall auf die separate Abstimmung der Projekte bezieht.

Herr Adamek, Ausschussvorsitzender, bringt den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung.

Herr Adamek führt aus, dass er diesen Antrag im Sinne der Kommunalen Verfassungsgesetzgebung (KVG) zur Abstimmung stellen werde. Er erläutert, dass diejenigen, die dem Geschäftsordnungsantrag zustimmen möchten, die Einzelpunkte als Unterpunkte zum Tagesordnungspunkt 7.8 differenziert abzustimmen. Herr Adamek stellt fest, dass der Geschäftsordnungsantrag angenommen ist.

Abstimmungsergebnis Geschäftsordnungsantrag:4-0-3

1. Antoinetten Karree 7 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen

2. Sanierung Fassaden Anhaltisches Theater, Friedensplatz 1a - 7 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen

3. Sanierung Dächer Anhaltisches Theater, Friedensplatz 1a - 7 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen

4. Lohmann Karree, komplexe Sanierung - 7 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen

5. Umgestaltung Friedensplatz, Theaterfreiflächen - 6 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen angenommen

6. Neugestaltung Spielplatz und Grünanlagen Friederikenplatz, südl. Teil, 2.BA - 7 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen

7. Gutachterverfahren zur städtebaulichen Aufwertung der Dessauer Innenstadt zur BUGA 2035 - 7 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen
   Citymanagement
8. Freiflächengestaltung Ferdinand-von-Schill-Straße 19,20 / Antoinettenstraße 34,36,38 - 6 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen angenommen

9. Citymanagement - 7 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen

10. Sanierung Antoinettenstraße 24 - 6 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen angenommen
11. Sanierung der Fassaden und Fenster des Kaufhauses Zeeck - 7 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen

Abstimmungsergebnis der Beschlussvorlage:6-0-1

12. Antoinetten Karree 7 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen

13. Sanierung Fassaden Anhaltisches Theater, Friedensplatz 1a - 7 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen

14. Sanierung Dächer Anhaltisches Theater, Friedensplatz 1a - 7 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen

15. Lohmann Karree, komplexe Sanierung - 7 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen

16. Umgestaltung Friedensplatz, Theaterfreiflächen - 6 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen angenommen

17. Neugestaltung Spielplatz und Grünanlagen Friederikenplatz, südl. Teil, 2.BA - 7 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen

18. Gutachterverfahren zur städtebaulichen Aufwertung der Dessauer Innenstadt zur BUGA 2035 - 7 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen
    Citymanagement
19. Freiflächengestaltung Ferdinand-von-Schill-Straße 19,20 / Antoinettenstraße 34,36,38 - 6 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen angenommen

20. Citymanagement - 7 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen
21.
22. Sanierung Antoinettenstraße 24 - 6 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen angenommen

23. Sanierung der Fassaden und Fenster des Kaufhauses Zeeck - 7 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen

Abstimmungsergebnis der Beschlussvorlage:6-0-1

7.9 Digitale Zustandserfassung und Erarbeitung einer Prioritätenliste für bauliche Maßnahmen an Fußwegen (Fußwegekonzeption)
Vorlage: FV/016/2025/PDR

Die **Fraktion Pro Dessau** spricht sich für die Einführung einer digitalen Erfassung der Fußwege im Stadtgebiet aus. Sie führt aus, dass diese Wege teilweise in einem sehr schlechten Zustand sind und eine digitale Erfassung eine Grundlage schaffen soll, um Prioritäten hinsichtlich des Bauzustands festzulegen. Dabei sei es wichtig zu bestimmen, wo besonderer, mittlerer oder geringer Handlungsbedarf besteht. Zudem soll die Frequentierung der Fußwege berücksichtigt werden, um festzustellen, in welchen Bereichen bauliche Maßnahmen dringend erforderlich sind. Insbesondere in Gebieten mit Nahversorgung, Schulen und Pflegeheimen ist eine stärkere Betrachtung notwendig, damit diese Fußwege auf die Tagesordnung kommen und Sanierungen eingereicht werden können. Ziel sei es, ein umfassendes Bild der Fußwegesituation in der Stadt zu erhalten. Die Fraktion betont, dass auch Absenkungen und Zebrastreifen berücksichtigt werden sollten, um die Bewegungsmöglichkeiten der Menschen zu verbessern. Sie weist darauf hin, dass Fußgänger im Vergleich zu Fahrradfahrern oft vernachlässigt werden und eine konzeptionelle Herangehensweise erforderlich ist.

Frau Lohde, Bürgermeisterin für Bauen und Stadtgrün, dankt zunächst und führt aus, dass der erste Beschlusspunkt bereits umgesetzt wird, da die Erfassung des Straßenzustands laufe und der Arbeitsstand bei 60 Prozent liegt. Frau Lohde schlägt vor, die Auswertung zu erarbeiten und anschließend gemeinsam zu beraten, welche Maßnahmen auf dieser Basis erstellt werden sollten.

Herr Egelkraut, Fraktion Pro Dessau, äußert, dass ein ganzheitliches Funktionieren von Straßen, Radwegen und Fußwegen das Optimum darstellt. Er betont, dass ein ganzheitliches Konzept erarbeitet werden muss.

Frau Lohde führt aus, dass alle Belege erfasst werden, wie es auch in der Stellungnahme beschrieben ist. Sämtliche Flächen werden erfasst und dargestellt, sodass ein digitaler Zwilling des gesamten versiegelten und unversiegelten Bestands erstellt wird. Dies umfasse auch Kreuzungsbereiche und Abgrenzungen. Frau Lohde äußert, dass Herr Schrenner später zur Informationsvorlage Stellung nehmen wird.

Herr Adamek, Ausschussvorsitzender, führt aus, dass es für die Einreichenden zwei Möglichkeiten gibt. Die erste Option sei, den Antrag zurückzuziehen und die zweite Möglichkeit bestehe darin, den Antrag bis zu einem bestimmten Zeitpunkt zu verschieben.

Herr Egelkraut erklärt, dass die Vorlage zurückgestellt wird.

Der **Ausschussvorsitzende Herr Adamek** erklärt, dass der Tagesordnungspunkt 7.9 zurückgestellt wird.

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlussvorlage wird zurückgestellt.

7.10 Begrünung des Kreisverkehrs Sieben Säulen
Vorlage: FV/017/2025/GRÜNE

Herr Marahrens, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, verweist auf eine vorliegende Stellungnahme der Verwaltung, die eine gewisse Restriktion deutlich mache. Er führt aus, dass der Kreisverkehr mit den 7 Säulen komplett mit Naturbausteinen versiegelt ist. Eine Entsiegelung dieser Fläche könnte seiner Ansicht nach mehreren Vorteilen bieten, wie die Förderung der Biodiversität, die Versickerung von Regenwasser und einen kühlenden Effekt. Zudem betont er, dass eine Bepflanzung auch Auswirkungen auf den Verkehrslärm haben kann, insbesondere da in der Nähe Investoren ein neues Wohngebäude errichtet haben. Herr Marahrens äußert die Überzeugung, dass es keinen Nachteil gibt, die Fläche zu entsiegeln und zu begrünen, und dass darüber in seiner Fraktion Einigkeit bestehe. Er weist jedoch darauf hin, dass eine Zweckbindung bis 2036 besteht, weshalb er vorschlägt, den Vorschlag der Verwaltung zu übernehmen und den ersten Beschlusspunkt dahingehend zu ändern, dass die Verwaltung beauftragt wird, zu prüfen, ob die Begrünung des Kreisverkehrs unter Berücksichtigung der bestehenden Zweckbindung und möglicher Rückforderungsansprüche möglich ist. Weiterhin schlägt er vor, einen sechsten Beschlusspunkt aufzunehmen, der die Vorlage der Prüfung aus Punkt 1 sowie eines möglichen Umsetzungskonzeptes, einschließlich einer Abwägung zur Wirtschaftlichkeit, eines Zeitplans und Budgets, bis Juni 2026 vorsieht. Er erwähnt, dass aus der Stellungnahme hervorgehe, es wäre für die Verwaltung wünschenswert, zu prüfen, welche Konsequenzen es hätte, wenn man die Angelegenheit jetzt angeht. Herr Marahrens führt aus, dass in einem Satz der Stellungnahme enthalten ist, dass die Verwaltung sogar anbiete, diese Prüfung durchzuführen.

Herr Dr. Brozowski, Fraktion Freies-Bürger-Forum, berichtet, dass dieses Thema in seiner Fraktion wohlwollend diskutiert worden sei und der Antrag grundsätzlich positiv bewertet wird. Herr Dr. Brozowski bittet, dass eine Anlage zum Protokoll beigefügt wird, die die Quelle und den genauen Wortlaut der Fristbindung bis 2036 enthalte, damit diese Informationen nachgelesen werden können.

Herr Adamek, Ausschussvorsitzender, äußert, dass in vielen Bundesländern Kreisverkehre wunderbar begrünt seien, jedoch sehe er an dieser Stelle eine mögliche Gefährdung der Verkehrssicherheit, da die Begrünung sehr flach sei und die Ein- und Ausfahrten kurz hintereinander liegen. Er gibt an, dass Kosten entstehen würden, die seiner Einschätzung nach im sechsstelligen Bereich liegen könnten, insbesondere wenn Rückzahlungen von Fördermitteln erforderlich werden. Unter diesen Umständen stehe er dem Vorhaben im aktuellen Zustand nicht positiv gegenüber. Herr Adamek empfiehlt, das Projekt um zehn Jahre zu verschieben, bis die Förderperiode vorbei sei, und es dann erneut aufzugreifen. Abschließend weist er darauf hin, dass dies seine persönliche Stellungnahme ist.

Herr Adamek leitet zur Abstimmung der Fraktionsvorlage über.

Abstimmungsergebnis:

Die Fraktionsvorlage wird abgelehnt.

8 Öffentliche Anfragen und Informationen

Frau Lohde, Bürgermeisterin für Bauen und Stadtgrün, erklärt, dass der aktuelle Baubericht ins Ratsinformationssystem eingepflegt wurde. Sie bittet, bei Hinweisen oder Fragen jederzeit gerne auf sie zuzukommen, auch telefonisch.

Herr Schmidt, Amtsleiter des Amtes Wirtschaft und Stadtplanung, informiert, dass der Nachbarschaftspark in die engere Wahl für den Architekturpreis gelangt ist. Er weist darauf hin, dass bis zum 14. November eine Online-Abstimmung möglich ist und bittet um Unterstützung, damit der Park eine vordere Platzierung erreichen kann.

Der Baubericht ist der Niederschrift beigefügt.

8.1 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

8.2 Vorstellung des "Digitalen Zwillings"

Frau Tannert, vom Amt für Wirtschaft und Stadtplanung erläutert, dass sie den digitalen Zwilling der Stadt Roßlau vorstellen möchte. Sie führt aus, **dass Herr Schrenner vom IT-Referat, der als IT-Koordinator** für drei Ämter in der Verwaltung sowie als GIS-Koordinator für die gesamte Verwaltung tätig sei, diesen mit vorstellen möchte. Sie selbst sei im Amt für Wirtschaft und Stadtplanung als Sachgebietsleiterin für raumbezogene Informationssysteme tätig. Die Konstellation, dass sowohl das IT-Referat als auch die Abteilung Geodienste, die in anderen Städten als Vermessungsamt bekannt sind, gemeinsam koordinieren, ist möglicherweise einzigartig. In Roßlau wird dies jedoch gemeinsam koordiniert.

Herr Schrenner erläutert, dass der Begriff "Digitaler Zwilling" noch keine exakte Definition hat, jedoch eine schematische Darstellung unterschiedlicher Ebenen umfasse. Diese Ebenen könnten Topographie, Industrieanlagen, Stromverteilungsnetze und Gebäude beinhalten. Ziel sei es, das Thema in der Stadtverwaltung transparenter und verständlicher zu machen. Herr Schrenner betont das gemeinsame Interesse von Geographen, Geoinformatikern und Kartographen an einem Atlas. Diese Begeisterung habe zur Idee geführt, den Dessauer digitalen Zwilling als "Stadtatlas Dessau-Roßlau" zu bezeichnen. An diesem Projekt wird derzeit gearbeitet, und es solle den Anwesenden vorgestellt werden.

Die Präsentation ist der Niederschrift beigefügt.

8.3 Stellungnahme der Stadtverwaltung zum 2. Entwurf des Landesentwicklungsplans Sachsen-Anhalt Vorlage: IV/046/2025/I-61

Abstimmungsergebnis:
Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

8.4 Handlungs- und Durchführungskonzept zum Quartiersmanagement im Quartier „Am Leipziger Tor“ Vorlage: IV/030/2025/I-61

Herr Adamek, Ausschussvorsitzender, erteilt **Frau Birgit Schmidt vom Quartiersmanagement das Rederecht.**

Frau Schmidt erklärt, dass sie das Handlungskonzept auf den Erfahrungen der letzten drei Jahre des Quartiersmanagements basiere. Diese Erfahrungen sind im Auftrag der Stadt entstanden, welche Aufgaben das Quartiersmanagement zu erfüllen haben. Sie führt aus, dass das Quartiersmanagement an die bisherige Arbeit anknüpft und die Schwerpunkte auf die Verstetigung und den Ausbau des Quartiersnetzwerks legen möchte. Dazu gehört die Einbindung weiterer Akteursgruppen, insbesondere Wohnungsunternehmen und Wohnungseigentümer, um die Zusammenarbeit im Bereich Wohnumfeldgestaltung und Nachbarschaft zu intensivieren. Ein weiterer Schwerpunkt liegt im Bereich Bildung im Quartier. Frau Schmidt berichtet, dass der Aufbau eines Bildungsverbunds gute Ansätze zeigt und neue, eigenständige Projekte aus der Kooperation zwischen Bildungsakteuren entstehen sollen. Ein Beispiel sei das Projekt zur Stärkung der Sprachfähigkeit von Kindern in Kitas und Horten, das in Zusammenarbeit mit der Stadtbibliothek initiiert wird und bereits erfolgreich in den ersten Kitas im Quartier angelaufen sei. Lesepaten werden regelmäßig in Kitas vorlesen. Zudem wird die Elternarbeit, insbesondere bei Familien mit Migrationshintergrund, durch Kooperationen mit unterstützenden Institutionen gefördert. Ein weiterer Schwerpunkt ist das Thema Nachbarschaften, das in Kooperation mit Wohnungsunternehmen und Einrichtungen vor Ort, wie der Volksagentur 92 und dem Frauenzentrum, behandelt werden. Frau Schmidt erwähnt, dass das Thema Einsamkeit neu aufgegriffen wird, da es ein altersübergreifendes Problem darstelle. Das Quartiersmanagement arbeitet daran, Strukturen und Infrastrukturen aufzubauen sowie Akteure zu vernetzen, die sich mit dem Thema Einsamkeit beschäftigen. Das Ziel sei es nicht, einsame Menschen direkt zu betreuen, sondern das Quartier zu stärken und die Lebensqualität der Bewohner zu verbessern. Dies erfordere eine integrative Zusammenarbeit, die sowohl die Gemeinwesenarbeit als auch die bauliche Entwicklung des Quartiers umfasse.

9 Nichtöffentliche Beschlussfassungen

In dieser Sitzung sind keine nichtöffentlichen Beschlussfassungen zu behandeln.

10 Nichtöffentliche Anfragen und Informationen

In dieser Sitzung gibt es seitens der Verwaltung keine nichtöffentlichen Informationen.

10.1 Sonstige nichtöffentliche Anfragen und Mitteilungen

11 Schließung der Sitzung

Herr Adamek, Ausschussvorsitzender stellt die Öffentlichkeit wieder her und schließt um 20:30 Uhr die Sitzung.

Dessau-Roßlau, 06.02.26

_____

Eiko Adamek
Vorsitzender Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Stadtgrün und Mobilität

Schriftführer